

Schluss mit „Weiter so!“

Erhöhte Verteidigungsbereitschaft in sieben Punkten

Wenn die Bundeswehr im NATO-Bündnis tatsächlich effektiv abschrecken soll, geht ein „Weiter so!“ auf keinen Fall. Die Mangelverwaltung bei der Bundeswehr, die seit 30 Jahren praktiziert und die von der „Zeitenwende“ nicht umfassend genug verändert wurde, erweist sich in der aktuellen Lage bei ehrlicher Betrachtung als völlig unzureichend. Es braucht mehr. Viel mehr.

Selbst eine gutgemeinte Optimierung bestehender Verhältnisse ist nicht mehr ausreichend. Schrittweise Anpassungen ersetzen keinen Kurswechsel. So löst beispielsweise eine Strukturänderung im Verteidigungsministerium nicht das Problem der mangelnden Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte. Verschiebungen im Organigramm machen sie effizienter, jedoch nicht verteidigungsbereit. Es braucht mehr. Dieses Mehr wird im Folgenden in sieben zentralen Punkten skizziert. Sieben Punkte, die an politisch liebgewonnenen Positionen rütteln und darüber hinaus ein komplett anderes Verständnis über den Sinn und Zweck von Streitkräften und von dem Verlangen, was die NATO-Partner von Deutschland erwarten. Ein großer Wurf tut not, der über die reine Ankündigungspraxis hinausreicht und auch umgesetzt wird. Es muss endlich etwas passieren.

1. Finanzierung

Es wird eine überjährige Finanzierung der Streitkräfte benötigt und zudem eine Finanzierung, die mit sieben bis zehn Jahren über eine Legislaturperiode hinaus Planungssicherheit gewährt. Kein Rüstungshersteller baut eine neue Munitionsfabrik auf Basis eines Jahresetats. Norwegen etwa hat einen Zwölfjahresplan verabschiedet.. Deutschland sollte sich an Norwegen orientieren und planmäßig vorgehen – mit dem Ziel der Vollausstattung und -ausrüstung der Bundeswehr. Zwar erhält die Bundeswehr bis 2029 den Zulauf der Bestellungen aus dem Sondervermögen, aber das gewährleistet längst nicht genug Material und Munition. Daher muss der Einzelplan 14 mit jährlich 80 bis 100 Milliarden Euro ausgestattet werden und die Verteidigungsausgaben mindestens drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt erreichen (Trump hat vor seiner Vereidigung sogar fünf Prozent gefordert). Woher aber soll das Geld kommen? Sparen – rigorose Priorisierung von laufenden Projekten und Kürzung, wo nötig. Zum Beispiel beim Bürgergeld, der Entwicklungshilfe oder Klimahilfen? Das wird einen Aufschrei auf vielen Seiten auslösen. Doch Sicherheit hat spätestens seit dem 24. Februar 2022 Vorrang, denn ohne Sicherheit ist alles nichts. Reichen die Einsparungen nicht aus, sollte über eine zweckgebundene Steuer nachgedacht werden; Stichwort Sicherheits-Soli. Reicht beides nicht, ist die Ultima Ratio: neue Schulden für die Sicherheit.



Es wird eine überjährige Finanzierung der Streitkräfte benötigt; kein Rüstungshersteller baut eine neue Munitionsfabrik auf Basis eines Jahresetats. (Foto: Rheinmetall)

2. Beschleunigung der Beschaffung

Moderne Kriege sind Drohnenkriege. Das Gebot der Stunde lautet, nicht wie üblich die Zig-Jahre zur Entwicklung und Beschaffung der Super-Drohne zu verschwenden, sondern von der Stange zu kaufen: schnelle Beschaffung. Wenn die Drohnen-Technologie nach weiteren zwei Jahren veraltet ist: neue Drohnen einkaufen. Die 25-Millionen-Schwelle für Beschaffungsvorlagen im Bundestag sollte mindestens auf 100 Millionen Euro erhöht werden. Auch sollte sich das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr sich bei der Beschaffung genauso häufig wie Frankreich auf den beschleunigenden Tatbestand der nationalen Sicherheit berufen dürfen (Art. 346 Abs. 1b AEUV). Russland hat seine Panzerproduktion im Jahr 2024 erheblich gesteigert. Berichten zufolge plant Russland, in diesem Jahr insgesamt 1.500 neue Panzer herzustellen, was einer monatlichen Produktion im dreistelligen Bereich entspricht. Im Vergleich dazu ist die deutsche Panzerproduktion deutlich geringer. Die deutschen Panzerhersteller KNDS Deutschland und Rheinmetall planen zusammengenommen einen Produktionsumfang im dreistelligen Bereich pro Jahr. Diese Diskrepanz in der Produktionskapazität wirft Fragen hinsichtlich der Einsatzbereitschaft der deutschen Streitkräfte auf. Die vergleichsweise langsame Produktion könnte die Fähigkeit Deutschlands beeinträchtigen, seine Streitkräfte zeitnah mit modernen Panzern auszustatten.

3. Combat Readiness

Die wichtigste Säule effektiver Streitkräfte ist ihre Einsatzbereitschaft. Sie muss hergestellt und erhalten werden durch ständige Übungen, darunter auch vermehrt Großübungen wie „Quadriga“ im vergangenen Jahr. Es braucht deutlich mehr davon

als Stresstests für Abläufe, Taktiken und Waffensysteme. Dabei muss eine ständige Weiterentwicklung der Abläufe durch eine bewertende Analyse der Krisenherde erfolgen, u. a. mit Blick auf Personal, Vorschriften, Material und Ausbildung. Es braucht eine Stärkung der Erst- und Zweitschlagfähigkeit mit entsprechender Bereitstellung und Vorratshaltung an Kräften, Material und Munition für eine sofortige Reaktion; vorzuhalten für mindestens 30 Tage. Gewiss, das ist sehr kostspielig. Doch die entscheidende Frage ist: Wie viel ist der deutschen Bevölkerung ihre eigene Sicherheit wert? Und damit der Ankündigungspolitik ohne konkrete Folgen ein Ende gesetzt wird, muss auch der Operationsplan (OPLAN) Deutschland zwingend ein bedarfs- und haushaltsbegründendes Dokument werden.

4. Dienstpflicht

Wir brauchen in Deutschland eine Dienstpflicht. Für ein Jahr, für Frauen und für Männer, mit der Wahl zwischen Bundeswehr und Blaulichtorganisationen. Die Lücke von derzeit 100.000 fehlenden Soldatinnen und Soldaten, um die NATO-Forderungen und Zusagen zu erfüllen, lässt sich ohne eine Dienstpflicht nicht schließen.

Gewiss, Deutschland hat für eine allgemeine Dienstpflicht derzeit weder Kasernen noch Ausbilder oder Material und Waffenträger. Dafür bräuchte es einen zweistelligen Milliarden-Betrag. Also lassen wir's? Das wäre ein politischer Fehlschluss. Meine Schlussfolgerung lautet: Anpacken! Wenn wir keine Kaserne haben, bauen wir eben eine Zeltkaserne auf. Das ist nicht schön für die Rekruten. Doch dass sich eine Nation im Ernstfall nicht verteidigen kann, würde schwerer wiegen. Die neue Bundesregierung muss direkt damit beginnen, in Lösungen zu denken. Und natürlich: Trotz gesteigerter Ausbildungsaktivitäten muss die Bundeswehr weiter einsatzbereit bleiben (und nicht in wesentlicher Stärke in der Ausbildung von Rekruten gebunden sein).

5. Strukturänderungen

Alles muss sich ändern, auch arthritische Strukturen; zum Beispiel: Welche Gesamtverantwortung soll der Generalinspekteur eigentlich haben? Müsste er zukünftig nicht auch für die zivilen Belange im Verteidigungsministerium verantwortlich sein? Oder für die Verantwortung für die Liegenschaften der Bundeswehr. Sie wird aktuell von der staugeplagten Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wahrgenommen. Diese Verantwortung gehört der Bundeswehr rückübertragen. Im selben Aufwasch sollte sich der Bundestag Art. 87b GG zur Brust nehmen, damit unter anderem das Verteidigungsministerium einen stärkeren Zugriff auf das Beschaffungswesen hat. Wenn wir schon beim Aufräumen der Strukturen sind, sollten wir auch gleich die Europäische Arbeitszeitrichtlinie im Sonderbereich des Militärs für bestimmte Zeit anpassen. Damit zum Beispiel geleistete Überstunden kumuliert und erst zum Ende der Dienstzeit abgegolten werden können.

6. Wehrhaftigkeit der Gesellschaft

Die Ignoranz einiger Teile der Bevölkerung zur Sicherheitslage in und um Deutschland ist selbstzerstörerisch. Es müssen große kommunikative Anstrengungen unternommen werden, um in weiten Teilen der Gesellschaft ein grundlegendes Verständnis für Sinn und Zweck von Streitkräften und für die real vorhandene Bedrohungslage zu erzeugen.

Denn von vielen immer noch unbemerkt, haben wir mit ständigen Cyberangriffen, zerstörten See- und Bahnkabeln und täglich von drohenausgespähnten Kasernen längst den Krisenfall erreicht. Der Großteil der Bevölkerung hat das noch nicht realisiert. Diese fehlende Bedrohungsperzeption muss auf dezidierte, jedoch unaufgeregte Weise therapiert werden.



In Großbritannien oder Dänemark wird ein „Wear Your Uniform Day“ praktiziert: Reservisten tragen ihre Uniform in ihren zivilen Unternehmen. (Foto: armedforcesday)

Ein erster Schritt dahingehend könnte die Einführung einer Sicherheitswoche im Bundestag sein. Unter anderem in Dänemark wird auch ein „Wear Your Uniform Day“ praktiziert: Reservisten tragen ihre Uniform in ihren zivilen Unternehmen. Die deutschen Kolleginnen und Kollegen würden Augen machen – und sich mit dem Thema ihrer eigenen Sicherheit sicher intensiver beschäftigen, als wenn die Bundeswehr weiterhin fürs zivile Auge quasi unsichtbar bliebe.

7. Zivile Verteidigung

In einem möglichen Bündnisfall, der hoffentlich niemals eintritt, ist die Bundeswehr nicht allein für die Verteidigung zuständig. Auch die zivile Verteidigung ist erforderlich: Sicherstellung der Logistik, medizinische Versorgung, Schutz kritischer Infrastruktur. Dafür sollte das Innenministerium dringend einen OPLAN für die Zivilverteidigung erstellen.

Bislang gibt es zwar Rahmenrichtlinien, die aber nur im Spannungs- und Verteidigungsfall gelten und nicht für den aktuellen Krisenfall. Dieser ist weder juristisch, logistisch noch organisatorisch geregelt und verursacht vielfältige Probleme. Nahezu täglich kreisen etwa russische Drohnen über deutschen Kasernen, in denen ukrainische Soldaten ausgebildet werden. Wer holt die runter? Die Polizei kann das noch nicht, die Bundeswehr darf es nicht. Drohnenabwehrfähigkeit, resiliente Verkehrsinfrastruktur und übrigens auch eine „rote“ IT für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit müssen schnellstens aufgebaut werden: Die Bundeswehr benutzt zum

Beispiel verschlüsselte Mobiltelefone und IT-Systeme, verliert den Schutz aber im Kontakt mit Behörden, die nicht über solche Technik verfügen.

Wie wahrscheinlich ist es, dass ein Bündnisfall eintritt?

Das ist die Gretchenfrage. Betrachtet man die russische Kriegswirtschaft, nordkoreanische Soldaten in der Ukraine, die aktuelle politische Instabilität Europas – dann zeigt sich eine angespannte sicherheitspolitische Lage. Nur mit der Hoffnung auf bessere Zeiten allein wird sich nichts ändern.

Der sicherheitspolitische Kurs der USA unter Präsident Donald Trump bleibt abzuwarten. Die USA werden verstärkt in den Indopazifik schauen und ihre Truppen in Europa womöglich wieder reduzieren. Daher muss Europa, muss Deutschland mit Hochdruck an seiner Verteidigungsfähigkeit arbeiten – so nachdrücklich und glaubwürdig, dass es dank Abschreckung gar nicht erst zum Bündnisfall kommt. Das wird große Anstrengungen erfordern, sehr teuer und anstrengend sein. Der Verteidigungs- oder Bündnisfall jedoch wäre deutlich anstrengender und teurer – und ist absolut keine wünschenswerte Option. Also nicht „Weiter so!“, sondern „All in“.

Autorin: Wiebke Köhler



Wiebke Köhler arbeitete während ihrer beruflichen Laufbahn in den Topmanagement Beratungen Roland Berger und McKinsey & Co. Als Partnerin im Executive Search begleitete sie internationale Konzerne bei der Besetzung von Vorstandspositionen und bekleidete zuletzt die Position als Personalvorstand der AXA Konzern AG. Sie ist Gründerin & CEO der Top Management Beratung impactWunder und unterstützt Konzerne und Mittelständler in strategischen Fragen und Konzepten des Kultur- und Machtwandels. Sie ist Autorin mit Schwerpunkt Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Förderin der Streitkräfte und Mitglied im Bund der Deutschen Infanterie e.V. (BDInf). Sie wechselte 2024 von der Hamburger FDP zur CDU. (Foto: Wiebke Köhler)

Unser besonderer Dank:

Im Namen der Mitglieder des BDInf bedankt sich „Der Infanterist“ beim der Mittler Report Verlag GmbH für die kostenfreie Nutzung dieses Artikels und des Bildmaterials, der im Magazin Europäische Sicherheit & Technik, kurz ES&T, in Ausgabe 02/25, erstmalig erschien.